



02.12.2009

### **Presseerklärung der Alevitischen Gemeinde Deutschlands zur Abstimmung über das Minarettverbot in der Schweiz**

Die Alevitische Gemeinde Deutschlands ruft zur Besonnenheit und Zurückhaltung in der Kritik mit der Schweiz und Ihren Bürgern auf.

Grundsätzlich begrüßt die Alevitische Gemeinde Deutschlands den Umstand, dass mündige Bürger im Rahmen einer direkten, demokratischen Abstimmung über relevante Themen ihres Lebensalltags entscheiden können. In diesem Licht ist auch die Volksabstimmung über ein Minarettverbot in der Schweiz zunächst zu sehen.

Ob eine solche Abstimmung und Ihr Ergebnis mit schweizerischem Recht oder den Grundsätzen der Menschenrechte vereinbar ist, wird in der nächsten Zeit sicherlich durch die zuständigen nationalen und internationalen Institutionen im Rahmen einer nüchternen Betrachtung geklärt werden.

Grundsätzlich muss die Religionsfreiheit als Grund- und Menschenrecht für alle Religionsgemeinschaften gewahrt werden. Dies beinhaltet auch den Bau und Betrieb von Gotteshäusern in der durch die Religion vorgeschriebenen Form. Es ist ein Widerspruch, einerseits Transparenz zu verlangen und Moschen aus den radikalen Hinterhöfen herausholen zu wollen, jedoch andererseits beim Sichtbarwerden von Moscheen die entsprechende Optik verbieten zu wollen.

Die Alevitische Gemeinde Deutschlands warnt jedoch nachdrücklich davor, das Abstimmungsergebnis als bloße Islamphobie oder gar Ausländerhass zu interpretieren und zu instrumentalisieren. Dieses Ergebnis ist vielmehr der Ausdruck eines zunehmenden Gefühls der Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung nicht nur in der Schweiz. Diese Verunsicherung durch einen politisch instrumentalisierten Islam verspüren insbesondere auch alevitische Menschen in Europa. Dieser Umstand muss von der Politik endlich ernst genommen werden, denn die Gründe hierfür sind alles andere als irrational.

Das Abstimmungsergebnis sollte zum Anlass genommen werden, offen und mutig über Defizite, fehlende Transparenz islamischer Verbände und in weiten Teilen missglückte Integration auch in Deutschland zu sprechen. Eine Tabuisierung dieser Ängste sowie die politische Verunglimpfung von berechtigter Kritik am Islam als Religion und Islamverbänden als deren Repräsentanten in Europa, schadet in aller erster Linie den in Europa lebenden Muslimen selbst. Ein friedliches und freundliches Miteinander der Religionen in Europa und somit auch in Deutschland wird nicht möglich sein, solange falsch verstandene Toleranz und Tabuisierungen von Realitäten bei den Menschen berechnete Ängste hervorrufen.

In diesem Zusammenhang ist die Alevitische Gemeinde Deutschlands empört über Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der die schweizer Entscheidung als „zunehmende rassistische und faschistische Haltung in Europa“ wertet und Islamphobie als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet. Die Alevitische Gemeinde Deutschlands weist an dieser Stelle wiederholt auf die Situation der Aleviten, Christen, Juden aber auch Atheisten in der Türkei hin. Diese Menschen machen leidvolle Erfahrungen mit der Regierung Erdogan, die sich gegenüber Europa zwar als demokratisch und den Menschenrechten verpflichtet darstellt, in der Innenpolitik jedoch eine menschenverachtende Assimilationspolitik betreibt, für die stellvertretend auf die Situation des Klosters Mor Gabriel, des Priesterseminars auf der Insel Chalki oder den exzessiven Moscheebau in alevitischen Dörfern verwiesen wird. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich an den 2. Bundesvorsitzenden der Alevitischen Gemeinde Deutschland Herrn Ali Ertan Toprak

Tel: 02 21/ 9 49 85 60